

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
37. Rat 2009-2014
Sitzungsdatum:
17.10.2013

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 17.10.2013

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

- 1.** Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.07.2013
- 2.** Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung
- 2.1** Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 24.01.2013 aus öffentlicher Sitzung
- 2.2** Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 20.03.2013 aus öffentlicher Sitzung
- 3.** Festlegung der Termine für die Bürgerempfangs der Stadt Übach-Palenberg
- 4.** Kostenbeteiligung bei Trauungen im Schloss Zweibrüggen
- 5.** Einrichtung einer Gedenkstätte auf dem Friedhof in Boscheln
- 6.** Gestaltungssatzung für den Bebauungsplan Nr. 86 Saarstraße
- 7.** Umsetzung des Haushaltssanierungsplanes; hier: Umsetzung Parkraumbewirtschaftung
- 8.** Jahresabschluss 2009
- 9.** Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 22.08.2013 betr. Änderung der Handhabung Altkleidercontainer im Stadtgebiet
- 10.** Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 04.09.2013 auf Überprüfung der Gehwegsituation im Stadtteil Zweibrüggen
- 11.** Besetzung der Ausschüsse des Rates der Stadt Übach-Palenberg
hier: Schreiben der CDU-Fraktion vom 25.09.2013
- 12.** Einbringung des Haushaltes 2014

- 13. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 13.1 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
- 13.2 33. Bürgerempfang 2014 hier: Bestellung neuer Mitglieder in die Auswahlkommission zur Verleihung der Ehrennadel der Stadt Übach-Palenberg
- 14. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 15. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg
- 16. Bericht über die gesponserten Aktivitäten in Übach-Palenberg (1. Halbjahr 2013)
- 17. Einwohnerfragestunde

B) Nichtöffentliche Sitzung

- 18. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung
- 18.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 24.01.2013 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 18.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 20.03.2013 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 19. Vertragsangelegenheit
- 19.1 Neuordnung der WestEnergie und Verkehr GmbH (west)
- 20. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 20.1 Zustimmung zur Grundvereinbarung und zum Gestattungsvertrag zwischen dem Kreis Heinsberg, der Stadt Übach-Palenberg und Deutsche Glasfaser Netz Entwicklung GmbH und Deutsche Glasfaser Netz Operating GmbH
- 20.2 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
- 21. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen	
Herr Franz Bergstein	UWG	
Herr Wolfgang Bien	UWG	
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt		CDU
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	

Herr Herbert Görtz	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-HM	
Herr Walter Junker	CDU	
Herr Heinz König	CDU	
Frau Norma Kuhlmei	SPD	
Herr Steven McLarren	CDU	
Herr Herbert Mlaker	FDP-HM	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Frau Eva Maria Piez	SPD	
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	
Herr Dieter Sarasa	UWG	bis Ende TOP 12
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Frau Christa Thar-Hennes	UWG	
Herr Oliver Walther	CDU	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	
Herr Hubert Wynands	CDU	

Abwesende Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Rudolf Burbaum	SPD
Herr Dieter Kunath	SPD
Herr René Langa	CDU
Herr Hüseyin Salin	SPD

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Kämmerer Björn Beeck
Herr Stadtamtsrat Thomas Schröder
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Verwaltungsangestellter Thomas de Jong
Frau Stadtinspektoranwärterin Judith Meuwissen

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und den Vertreter der Presse.

Er wies auf die vorgesehenen Erweiterungen der Tagesordnung um die Punkte 13.1 „Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung“ und 13.2 „33. Bürgerempfang 2014 hier: Bestellung neuer Mitglieder in die Auswahlkommission zur Verleihung der Ehrennadel der Stadt Übach-Palenberg“ im öffentlichen Teil und 20.1 „Zustimmung zur Grundvereinbarung und zum Gestattungsvertrag zwischen dem Kreis Heinsberg, der Stadt Übach-

Palenberg und die Deutsche Glasfaser Netz Entwicklung GmbH und die Deutsche Glasfaser Netz Operating GmbH" und 20.2 „Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung“ im nichtöffentlichen Teil hin und ließ hierüber abstimmen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um die Punkte 13.1 „Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung“ und 13.2 „33. Bürgerempfang 2014 hier: Bestellung neuer Mitglieder in die Auswahlkommission zur Verleihung der Ehrennadel der Stadt Übach-Palenberg“ im öffentlichen Teil und 20.1 „Zustimmung zur Grundvereinbarung und zum Gestattungsvertrag zwischen dem Kreis Heinsberg, der Stadt Übach-Palenberg und die Deutsche Glasfaser Netz Entwicklung GmbH und die Deutsche Glasfaser Netz Operating GmbH" und 20.2 „Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung“ im nichtöffentlichen Teil erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.07.2013

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 18.07.2013 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung

2.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 24.01.2013 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 24.01.2013 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

2.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 20.03.2013 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 20.03.2013 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur

Kenntnis genommen.

3. Festlegung der Termine für die Bürgerempfänge der Stadt Übach-Palenberg

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Terminfestlegung für die zukünftigen Bürgerempfänge eigenständig vorzunehmen. Hierzu ist die Kombination mit dem Neujahrskonzert der Anton-Heinen-Volkshochschule anzustreben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4. Kostenbeteiligung bei Trauungen im Schloss Zweibrüggen

Beschluss:

Ab dem 01.11.2013 gelten für Anmeldungen von Trauungen in Übach-Palenberg folgende Regelungen:

Brautleuten stehen für Trauungen im Rathaus der kleine Sitzungssaal und das Dienstzimmer des Standesbeamten zur Verfügung.

Allen Brautleuten wird auch weiterhin das Trauzimmer im historischen Ambiente des Schlosses Zweibrüggen zur Trauung angeboten. Zur Deckung der zusätzlichen Unkosten wird jedoch von Auswärtigen Brautleuten ein Entgelt in Höhe von 150,00 € erhoben.

Brautleute, von denen mindestens ein Partner seinen Wohnsitz in Übach-Palenberg hat, werden von der Entrichtung des Entgeltes freigestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5. Einrichtung einer Gedenkstätte auf dem Friedhof in Boscheln

Beschluss:

Auf dem Friedhof in Boscheln wird eine Gedenkstätte für Sternenkinder mit der Möglichkeit der Beisetzung eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6. Gestaltungssatzung für den Bebauungsplan Nr. 86 Saarstraße

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass die Beschlussempfehlung vom Haupt- und Finanzausschuss geändert worden sei. Er verlas die geänderte Beschlussempfehlung: „Die vorliegende Gestaltungssatzung für den Bebauungsplan Nr. 86 Saarstraße wird mit folgender Änderung in § 5 beschlossen: Der Satz "Die Stärke der Wärmedämmung ist zwischen den Doppelhäusern gleich zu gestalten." wird durch den Satz "Direkte Versprünge in der Fassadengestaltung, die aus einer Veränderung des Wandaufbaus resultieren, sind nicht zulässig." ersetzt (die Gestaltungssatzung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).“

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, er halte es nicht für zeitgemäß, den Bürgerinnen und Bürgern bei steigenden Energiekosten vorschreiben zu wollen, in welchem Umfang eine Wärmedämmung vorgenommen werden dürfe. Vor allem sei er dagegen, dass einer quasi den Maßstab für die anderen setze.

Stadtverordneter **Bien** verwies darauf, dass die Energieeinsparverordnung eingehalten werden müsse, die sich jedoch laufend ändere. Insoweit halte er Festlegungen hierzu in einer Gestaltungssatzung für bedenklich.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** erläuterte, dass, sollte eine Änderung der Energiesparverordnung eintreten, so dass die städtische Gestaltungssatzung den neuen Vorschriften nicht mehr entspreche, automatisch die Energiesparverordnung maßgebend sei, da sie als höherrangiges Recht die Satzung brechen würde. Insoweit sehe er hier keine Probleme.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, der Sinn der Regelung in der Gestaltungssatzung sei es, die Fassaden optisch gleich zu halten, was er grundsätzlich auch begrüße. Allerdings gebe der Einwand des Stadtverordneten Rißmayer ihm zu denken. Er werde die vorliegende Gestaltungssatzung nicht ablehnen, aber vielleicht sollte man noch einmal über eine Alternative in Bezug auf die Regelung zur Wärmedämmung an der Außenfassade nachdenken. Ggf. könne man eine bestimmte Dämmdicke vorgeben.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** merkte an, dass der Einwand des Stadtverordneten Rißmayer nachvollziehbar sei. Vielleicht könne die Verwaltung diesbezüglich einen Alternativvorschlag erarbeiten.

Bürgermeister Jungnitsch fasste zusammen, dass allgemeiner Wunsch sei, die Entscheidung über die vorliegende Gestaltungssatzung zu vertagen, um die berechtigten Einwände zu prüfen. Aus seiner Sicht spreche hier nichts gegen, weil zeitlich kein Druck bestehe.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird zur Beratung zurück an den zuständigen Fachausschuss verwiesen und anschließend dem Rat erneut zur Entscheidung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7. Umsetzung des Haushaltssanierungsplanes; hier: Umsetzung Parkraumbewirtschaftung

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss folgende Beschlussempfehlung abgegeben habe:

„Es wird festgehalten, dass sich grundsätzlich niemand für die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung ausspricht, die Maßnahme aber erst abgesetzt wird, wenn eine Kompensationsmöglichkeit hierfür erarbeitet worden ist.“

Er ließ über diese Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschluss:

Es wird festgehalten, dass sich grundsätzlich niemand für die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung ausspricht, die Maßnahme aber erst abgesetzt wird, wenn eine Kompensationsmöglichkeit hierfür erarbeitet worden ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8. Jahresabschluss 2009

Hierzu ergaben sich keine Wortmeldungen.

9. Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 22.08.2013 betr. Änderung der Handhabung Altkleidercontainer im Stadtgebiet

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordnete **Weinhold** erläuterte, dies sei bereits der zweite Anlauf, diesen Antrag einzubringen. Im Jahr 2006 habe es hierfür keine Mehrheit gegeben, weil man befürchtet habe, dass dadurch 2 Arbeitsplätze entfallen könnten. Dieses Thema habe sich mittlerweile erledigt und in Anbetracht der Haushaltssituation hoffe sie nun auf Zustimmung.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion werde für diesen Antrag stimmen. Es sei gut, wenn über eine solche Maßnahme Einnahmen erzielt werden können, die zur Gebührenreduzierung führen.

Stadtverordneter **Malaker** erklärte, auch er halte den Inhalt des Antrages für eine

gute Idee. Allerdings sollte man berücksichtigen, dass die AWO derzeit nicht mehr an allen Stellplätzen aufstellen möchte; bei einer Vergabe der Stellplätze sollten dann aber alle bestückt werden.

Stadtverordneter **Rißmayer** fragte, warum sich die Angelegenheit mit den 2 Arbeitsplätzen erledigt habe.

Stadtverordnete **Weinhold** antwortete, es sei damals um 2 Arbeitsplätze im Rahmen des Waschkauen-Projektes der AWO gegangen, die möglicherweise weggefallen wären, wenn man die Stellplätze vermietet hätte.

Stadtverordnete **Weinhold** bestätigte auf Nachfrage des Stadtverordneten Weißborn, dass es diese beiden Arbeitsplätze nicht mehr gebe.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dies könne er so jetzt nicht beurteilen. Er wisse auch noch nicht, ob der Antrag gut sei. Hierzu bräuchte er zunächst aktuelle Daten (Anzahl der Stellplätze, Daten anderer Kommunen,...). Er wolle genau wissen, wovon man rede, bevor man einer caritativen Einrichtung etwas wegnehme. Er bitte deshalb, die Entscheidung heute zurückzustellen bis die entsprechenden Informationen vorliegen.

Stadtverordnete **Weinhold** wies darauf hin, dass im Jahr 2006 40 Stellplätze und ein Mietpreis in Höhe von 300 € pro Stellplatz im Gespräch gewesen seien.

Stadtverordneter **Rißmayer** vertrat die Auffassung, dass viele caritative Vereinigungen sich u. a. über die Altkleidersammlungen finanzieren. Es gehe also nicht nur um die 2 von Stadtverordneten Weinhold genannten Arbeitsplätze. Es falle auch ein Betätigungsfeld für Arbeitslose weg. Er bitte um Informationen, was eine Vermietung der Stellplätze für die AWO bedeuten würde. Auch bitte er zu bedenken, dass viele kommerzielle Altkleidersammler in der Kritik stehen; auch da müsste man genau hinsehen.

Stadtverordnete **Appelrath** ergänzte, man müsse sehen, was kommerzielle Altkleidersammler mit den Sammlungen machen. Sie werden großteilig nach Afrika verschickt und unterwandern dort die Industrie. Es gehe darum, global zu denken und lokal zu handeln.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** entgegnete, dass auch die AWO nichts anderes mit den Kleidersammlungen mache. Er erkläre sich damit einverstanden, dass zunächst sämtliche Informationen zusammengetragen werden, bevor man eine Entscheidung treffe. Aber man sollte berücksichtigen, dass man auch eine Verantwortung gegenüber den Gebührenzahler habe.

Bürgermeister Jungnitsch schlug vor, die Angelegenheit zur Beratung an den zuständigen Fachausschuss zu verweisen und anschließend erneut dem Rat zur Entscheidung vorzulegen. So bestehe die Möglichkeit, die Angelegenheit unter Berücksichtigung aller Fragen und Einbeziehung aller Informationen zu behandeln.

Kämmerer **Beeck** ergänzte, es bestehe ohnehin keine Eile für eine Entscheidung, da die nächste Kündigungsmöglichkeit in Bezug auf den derzeitigen Vertrag mit der AWO erst der 30.06.2014 sei.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird zur Beratung an den zuständigen Fachausschuss verwiesen und anschließend dem Rat erneut zur Entscheidung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10. Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 04.09.2013 auf Überprüfung der Gehwegsituation im Stadtteil Zweibrüggen

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordnete **Thar-Hennes** erläuterte, man könne nichts gegen die bestehende Gehwegbreite machen, die sei nun mal so, wie sie sei. Aber vielleicht bestehe die Möglichkeit, einige Verkehrsschilder, die die Situation zusätzlich verengen, ohne großen Aufwand und ohne große Kosten durch den Technischen Betrieb umzusetzen. Vielleicht könne man hierzu auch einmal eine Ortsbesichtigung vornehmen. Die Fußgänger, insbesondere mit Kinderwagen oder Rollatoren müssen derzeit mehrfach den Gehweg verlassen. Dies sei sehr unbefriedigend, gerade weil Zweibrüggen ein beliebtes Ziel für Spaziergänger sei.

Stadtverordneter **Overländer** erklärte, der Antrag sei grundsätzlich nicht schlecht. Aber die beschriebene Situation gebe es nicht nur in Zweibrüggen, sondern im gesamten Stadtgebiet.

Stadtverordneter **Rißmayer** ergänzte, vielleicht könne man die Bürgerinnen und Bürger über die Presse aufrufen, solche Engstellen im gesamten Stadtgebiet bei der Verwaltung zu melden.

Stadtverordnete **Thar-Hennes** erklärte, es möge sein, dass es auch an anderen Stellen im Stadtgebiet solche Engstellen gebe, aber trotzdem haben die Bewohner von Zweibrüggen doch das Recht, sich zu Wort zu melden.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** schlug vor, die Angelegenheit an den zuständigen Fachausschuss zu verweisen. Dann könne sich die Verwaltung vorab ein Bild von der Situation machen und entsprechende Vorschläge erarbeiten.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte sich grundsätzlich mit diesem Vorschlag einverstanden. Aber dann müssten auch sämtliche Informationen dem Ausschuss vorgelegt werden, also auch die Kosten, damit man wisse, wovon man rede.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, er halte die Vorschläge für gut. Allerdings wolle er schon jetzt darauf hinweisen, dass sicherlich nicht alle Maßnahmen umgesetzt werden können. Die Kosten müsse man hierbei immer im Auge halten.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**11. Besetzung der Ausschüsse des Rates der Stadt Übach-Palenberg
hier: Schreiben der CDU-Fraktion vom 25.09.2013**

Schriftführerin **Schade** verlas das Schreiben der CDU-Fraktion (das Schreiben ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Beschluss:

Gemäß § 58 Abs. 5 Satz 5 und 6 GO NRW wird von der CDU-Fraktion als Nachfolgerin für den verstorbenen Winand Ruland Martina Czervan-Quintana Schmidt zur 1. stv. Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Bildung und Kultur bestimmt.

Weitere Änderungen in den Ausschüssen der Stadt Übach-Palenberg werden gemäß § 50 Abs. 3 GO NRW wie folgt beschlossen:

Steven McLarren wird nach dem Tod von Winand Ruland neues Mitglied im Ausschuss für Soziales, Bildung und Kultur. Dietmar Lux wird für Steven McLarren sachkundiger Einwohner in diesem Ausschuss.

Für den verstorbenen Winand Ruland wird Fred Fröschen in den Prüfungsausschuss gewählt.

Steven McLarren übernimmt die Vertreterfunktion im Haupt- und Finanzausschuss für Oliver Walther anstelle des verstorbenen Winand Ruland.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

Bürgermeister Jungnitsch beteiligte sich nicht an der Abstimmung, da er aufgrund § 40 Absatz 2 Satz 6 GO zu diesem Tagesordnungspunkt kein Stimmrecht besitzt.

12. Einbringung des Haushaltes 2014

Bürgermeister Jungnitsch hielt folgende Haushaltsrede:

„Sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Übach-Palenberg,
liebe anwesende Mitglieder der Verwaltung,
verehrte Pressevertreter,
liebe Gäste!

Heute habe ich die Ehre, den Haushalt des Jahres 2014 einbringen zu können.

Auch in diesem Jahr sind wir in der Lage, einen Haushalt vorzuschlagen, der nach unserer Auffassung nach der Gemeindeordnung und dem Stärkungspaktgesetz genehmigungsfähig ist.

Oberstes Ziel, welches bei der Haushaltsaufstellung seitens der Verwaltung verfolgt wurde, war, Ihnen einen Haushalt vorzulegen, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit dazu führt, dass der Haushaltssanierungsplan weiter genehmigt werden kann. Voraussetzung hierfür ist selbstredend die Zustimmung des Rates. Sollte dies erfolgen, dann kann die Verwaltung, aber auch der Rat der Stadt Übach-Palenberg, nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden, weiter in der bisherigen Form arbeiten. Ich möchte an dieser Stelle nur noch einmal kurz die unsägliche Situation des Nothaushaltes in Erinnerung rufen, in der wir Einzelgenehmigungen für Investitionen ab 60 Euro über die Kommunalaufsicht einholen mussten. Diese Situation gehört zum Glück seit September 2012 der Vergangenheit an. Ich glaube niemand hier in unserer Stadt wünscht sich diese Situation zurück. Ich hoffe, dass dies wirklich Geschichte ist.

Das Jahr 2013 war für unsere Stadt Übach-Palenberg ein gutes Jahr.

Die meisten Sparziele wurden erreicht und die Wirkung der Maßnahmen durch den Stärkungspakt waren und sind deutlich zu spüren. Wirkungen in die Richtung, dass wir dem Ausgleich des Haushalts d.h., dass Erträge und Aufwendungen in der Waage sind, ein ganzes Stück näher kommen konnten.

Dank der restriktiven Sparpolitik, die in weiten Teilen von Rat und Verwaltung und unseren Bürgern mitgetragen wird, war dies möglich.

Sparzwang-Entwarnung kann ich hier und heute mit dem Haushalt 2014 leider noch nicht geben, aber der Silberstreif am Horizont ist breiter geworden.

Sicherlich ist es nicht angenehm, oft genug zu vielen nachvollziehbaren Anliegen von Bürgern NEIN sagen zu müssen. Natürlich ist es nicht schön und populär auf berechnete Hinweise in der Form reagieren zu müssen, dass auf Erledigung in zukünftigen Zeiten verwiesen werden muss. Aber wenn wir den Sparpakt nicht jetzt in dieser restriktiven Form umgesetzt bekommen, dann würden ganz andere Mechanismen greifen. In Nideggen wird uns ja aufgezeigt, was dann zu erwarten ist. Sicherlich haben uns auch die gewonnen Prozesse, allen voran der um die Derivate, gestärkt und beflügelt, Geschäfte zu prüfen, die uns nicht rund bzw. suspekt erscheinen und ggf. für unser Recht vor Gericht zu streiten. Aber auch hier muss Aufwand und Ertrag immer als wesentliches Element in die Betrachtung mit einbezogen werden.

Im Derivate-Prozess wurde die erste Instanz gewonnen. Dies bedeutet für unsere Stadt, dass hier bei der Umsetzung des Urteils ca. 870.000 Euro an die Stadt

Übach-Palenberg seitens des Prozessgegners zurückgezahlt werden muss. Offen ist noch, ob der Prozessgegner in die Revision gehen wird. Wobei das jüngste Urteil Ennepetal vor dem OLG Münster auch hier unser Vorgehen bestätigt hat. Nur: Vor Gericht und auf See ist man immer in Gottes Hand.

Was würde ein negatives Urteil für unsere Stadt bedeuten?

Ca. 2 Mio. Euro müssten nach heutigem Stand jährlich aus den Derivatverlusten an die Bank gezahlt werden. Ohne weitere Gegenleistung! Das hieße für jeden Bürger in unserer Stadt ca. 80 Euro pro Jahr mehr an Steuern! Demnach für einen 4 Familienhaushalt 320 Euro!, weil wir ja bekanntermaßen finanziell seitens unseres Haushalts keine weiteren Mittel hierfür zur Verfügung stellen könnten und weitere Sparmaßnahmen in dieser Größenordnung nicht, ohne substanziellen Schaden herbeizuführen, zu sehen sind.

Dies bleibt uns nach dem Urteil aber erst einmal und hoffentlich auf Dauer erspart. Also, wir bekommen nicht die 23 Mio. Euro zurückgezahlt, sondern 870.000 Euro. Das ist die Differenz zwischen dem von der West LB aus diesen Geschäften erhaltenem und dem von der Stadt an die West LB gezahlten Geld. Dies ist eine schöne Summe! Das Entscheidende ist jedoch, dass für Verluste auch in Zukunft nicht mehr zu zahlen ist, weil die Verträge quasi annulliert würden.

Dieses Verfahren ist wegen seiner Komplexität etwas schwer verständlich, aber ich hoffe, mit dieser Erläuterung etwas mehr Klarheit geschaffen zu haben.

Dass unser öffentliches Leben trotz unseres Sparkurses und der Nichtausgabenpolitik nicht zum Erliegen kommt, ist den Bürgern und den Politikern in unserer Stadt zu verdanken, ebenso natürlich auch meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus.

Viele schöne Ereignisse konnten wir übers Jahr verteilt erleben. Ob das ÜPF oder die vielen Konzerte, Sportereignisse, Karneval- oder Schützenveranstaltungen und vieles mehr. Alles schöne Ereignisse. Alles ohne öffentliches Geld. Vereine, mit ihren Mitgliedern und kreative Menschen in unserer Stadt beschenken uns ebenso viele interessante Veranstaltungen. Ein großes Dankeschön ihnen aber auch den vielen Sponsoren, die diese Veranstaltungen überhaupt erst ermöglicht haben.

Ebenso ist die wirtschaftliche Entwicklung in unserer Stadt positiv zu betrachten. Viele Investitionen in Erweiterungen von Unternehmen sind zu verzeichnen. Allen voran und am Auffälligsten sicherlich die Erweiterung der Schokoladenfabrik und der Neubau der Brotfabrik. Aber auch andere Erweiterungen und Neuansiedlungen stimmen froh.

Im Einzelhandelsbereich konnte der Bau des Einkaufszentrums am Wasserturm begonnen werden und wird voraussichtlich im Frühjahr 2014 beendet sein und eröffnet werden können. Eine weitere Nahversorgung in Scherpenseel entsteht ebenfalls.

Dies sind gute Signale, um Kaufkraft in unserer Stadt zu binden.

Verschweigen will ich aber auch nicht, dass mir die Leerstände in Palenberg und in

Teilen auch in Übach Sorgen bereiten. Zwei Maßnahmen sollen hier zumindest positive Signale geben: Das Erste ist die Öffnung der Aachener Straße in Palenberg und das Zweite ist die Abschaffung der Verpflichtung, ausschließlich Ladenlokale in bestimmten Bereichen einzurichten. Hier nun auch Wohnraum zu ermöglichen wird weitere Menschen, die wiederum für die verbleibenden Ladenlokale potentielle Kunden sind, in unsere Innenstadt-Bereiche bringen.

Letztendlich sind und bleiben aber alle Eigentümer für ihr Eigentum zuständig und verantwortlich. Wobei sicherlich der Satz „Eigentum verpflichtet“ seine uneingeschränkte Richtigkeit hat. Sozialisierung von Verlusten und die Privatisierung von Gewinnen kann und darf nicht sein. In unserer Finanzsituation wäre dies auch gar nicht möglich!

Die Ausweisung weiterer Baugebiete ist ebenfalls eine wichtige Facette unseres Handelns, damit ansiedlungswillige Bürger, die Arbeit in unserer Stadt gefunden haben sich auch privat entsprechend etablieren können. Arbeiten und Leben in unserer Stadt, das soll und muss auch auf höherem Niveau möglich sein, ohne jedoch die soziale Verantwortung für die Schwächeren in unserer Gesellschaft außer Acht zu lassen.

Selbstverständlich ist nicht alles gelungen, was wir uns vorgenommen haben, aber ein Großteil der Vorhaben sind Realität geworden zum Wohle unserer Bürger. Beispielsweise sei an dieser Stelle das schnelle Glasfasernetz, das unsere Stadt nun durchzieht, benannt. Für unsere Unternehmen im Gewerbegebiet ist dies schon länger möglich, nun aber auch für die Privathaushalte. Scherpenseel wird hier beginnen, weitere Stadtteile werden folgen. Die Grundvoraussetzungen werden aktuell jetzt erst einmal geschaffen.

Im Grundversorgungsbereich wurden mit dem Abschluss der Gaskonzession und jetzt auch mit der Stromkonzession wichtige Ausschreibungsverfahren erfolgreich abgeschlossen. Dank hier der engagierten Arbeit der Kämmerei mit Björn Beeck an der Spitze.

Das Thema der Wasserkonzession ist ab dem kommenden Jahr dann noch zu behandeln. Damit wären dann alle Konzessionsverträge neu abgeschlossen.

Wichtig ist hier, dass jetzt alle Konzessionsverträge so ausgerichtet worden sind bzw. werden, dass in der nächsten Runde, die in ca. 20 Jahren stattfinden wird, alle Konzessionen in einem Jahr behandelt werden müssen. Dies bietet dann die Möglichkeit geballt auszuschreiben und auch andere Ideen umsetzen zu können. Dies war jetzt so nicht möglich, hoffentlich in 20 Jahren dann auch unter anderen Finanz- und Rahmenbedingungen.

Eine weitere Verschlankung der Verwaltung durch eine organisatorische Zusammenführung zu 2 Dezernaten, wobei das eine vom Bürgermeister und das andere vom Ersten Stadtbeigeordneten geführt werden, wird zu weiterer Ersparnis im Personalbereich führen. 18 Mitarbeiter hat die Stadtverwaltung jetzt saldiert weniger als 2009 und weitere Einsparungen in Höhe von 17 Mitarbeitern sieht das Personalentwicklungskonzept, welches so von der Bezirksregierung noch im Juli diesen Jahres bestätigt und genehmigt worden ist, bis 2021 vor.

Niemand braucht jedoch Sorge um seinen Arbeitsplatz zu haben. Von den bis 2021 altersbedingt ausscheidenden Mitarbeitern werden 20 durch Neueinstellungen ersetzt, 17 jedoch nicht.

Personalverschlinkung bedeutet aber auch ein weiterer Abbau von Standards und ein erhebliches Augenmerk auf die Prozessoptimierung zu richten, sowie weiterer Einsatz von Technik. Diese Aktivitäten werden diese Facette des Sparpaketes begleiten!

Wie sehen nun die Eckpunkte des Haushalts 2014 aus?

Maxime war, diesen so zu gestalten, dass eine Haushaltssanierung unter den strengen Bedingungen des Stärkungspaktgesetzes erreicht werden kann. Dies erwähnte ich bereits eingangs, sei aber hier nochmals betont.

Wir legen Ihnen, verehrte Mitglieder des Rates, einen Haushalt vor, der bei den Erträgen eine Steigerung von 3,2 % aufweist.

In Zahlen steigen die Erträge
von 55,8 Mio. Euro im Jahre 2013
auf 57,6 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2014.

Die Aufwendungen werden demgegenüber wesentlich geringer als die Erträge steigen, und zwar nur um 1,1%
von 57 Mio. Euro auf 57,6 Mio. Euro

Dies ist vor allem dem strikten Konsolidierungskurs zu verdanken!

Die notwendigen Investitionen können um 45,8 % gesteigert werden
von 3,34 Mio. Euro in 2013
auf 4,87 Mio. Euro in 2014

davon alleine 3,5 Mio. Euro für Infrastrukturmaßnahmen wie Kanalisation, Straßen usw. Dies ist ein Muss, um dem sonst drohenden Verfall Einhalt zu gebieten!

Die Aufwandssumme für Instandhaltung und Unterhaltung des bestehenden unbeweglichen Vermögens (Schulen, Liegenschaften etc.) soll nun um 77% gesteigert werden:

von 1,3 Mio. Euro
auf 2,3 Mio. Euro

Das Gewerbesteueraufkommen in 2014 wird mit knapp 15 Mio. Euro geplant, das sind 4,1% mehr als in diesem Jahr mit 14,4 Mio. Euro. Der Hebesatz soll gleich bleiben, also keine Erhöhung!

Ebenso ist bei den Hebesätzen für die Grundsteuer A und B keine Erhöhung für 2014 geplant.

Für 2014 ist wie bereits für dieses Jahr erneut keine Kreditaufnahme vorgesehen! Weder Liquiditätskredite noch Investitionskredite. Im Gegenteil, ein weiterer Kreditabbau von 2,5 Mio. Euro ist analog zu 2013 eingeplant.

Die gute Nachricht, dass 2013 noch 700.000 Euro zusätzlich, also in der Summe 3,5 Mio. Euro an Krediten abgebaut werden können, sei hier ebenfalls erwähnt.

Das noch vorhandene Gesamtkreditvolumen wird in 2014 dann planmäßig bei 39,6 Mio. Euro im langfristigen Bereich und bei 5,5 Mio. Euro im Liquiditätskreditbereich liegen. Damit würde der Gesamtkreditbestand weiter sinken. Bei den Investitionskrediten würde ein Stand unter dem von 2004 erreicht werden.

Dies ist doch ein Erfolg! Ein notwendiger, weil dieser Kreditabbau bei weiterer konsequenter Sparpolitik innerhalb unseres Stärkungspaktes ein wichtiger Bestandteil zur Sanierung unseres Haushaltes sein wird und muss.

Meine sehr geehrte Damen und Herren des Rates, Sie sehen unsere bisherigen Maßnahmen im Finanzbereich greifen. Wir dürfen jetzt selbstverständlich nicht in den Fehler verfallen, die Zügel zu lockern. Alle bisherigen Anstrengungen wären dann umsonst gewesen. Von daher rate ich dazu, die bisherige erfolgreiche Finanzpolitik weiter zu betreiben und dem vorliegenden Haushalt und dem Sanierungsplan zuzustimmen.

Ein gutes Signal möchte ich in Richtung unserer Vereine aussenden. Aufgrund der aufgezeigten Entwicklung des Haushaltes haben wir uns entschlossen keine weitere Kürzung der Vereinszuwendungen für 2014 vorzuschlagen.

Vereine leisten ehrenamtlich einen großen Beitrag auf breiter Basis im Sport, in der Kultur sowie in vielen anderen Bereichen in unserer Stadt und insbesondere in der Jugendarbeit. Dies ist nicht hoch genug zu würdigen. Dieses Signal soll diese Wertschätzung unterstreichen.

Zusammenfassend zum vorliegenden Haushaltsvorschlag 2014 sei gesagt:

- Die Hebesätze bleiben stabil
- Investitionen für notwendige Infrastrukturmaßnahmen sowie Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen können und müssen deutlich im oberen 2-stelligen Prozentbereich gesteigert werden.
- Kredite können weiter im erheblichen Maße zurückgezahlt und abgebaut werden. Es geht nicht um Eindämmung der Netto- oder Bruttoneuverschuldung, sondern um tatsächlichen Abbau!
- Dem Ziel des tatsächlich ausgeglichenen Haushalts sind wir ein gutes Stück näher gekommen!

Bei gleichbleibender sparsamer und restriktiver Finanzpolitik sehe ich somit eine gute Perspektive das große Ziel des ausgeglichenen Haushaltes termingerecht zu erreichen. Viele Facetten sind hier aber auch in Zukunft zu beachten und zu erfüllen. Mit einfachem und oberflächlichem Tun ist diese Stadt, unsere Stadt Übach-Palenberg, nicht zu sanieren. Hier ist ein klares Management mit einer guten und schlanken Mannschaft gefragt. Jeder Euro, der ausgegeben wird, ist erst zu verdienen, und die Schulden sind zunächst abzubauen. Wobei auch dieses Geld erst verdient werden muss!

Auch ich wünsche mir viele neue schöne Dinge für unsere Bürger in unserer Stadt, doch alles zu seiner Zeit und im Rahmen unserer Möglichkeiten. Zunächst und in den nächsten Jahren ist die Sanierung des Haushaltes oberstes Ziel und Maxime!

Der nun vorgelegte Haushalt gibt uns recht, den richtigen Weg eingeschlagen zu haben. Wir müssen ihn nur weiter gehen!

Mein Dank geht an dieser Stelle an alle Ratsmitglieder, die diesen Weg mitgetragen und ihn sich zu Eigen gemacht haben. Die Generationen nach uns werden dies zu bewerten wissen.

Mein Dank geht aber auch an die Ratsmitglieder, die nicht mehr unter uns sind bzw. dem Rat nicht mehr angehören.

Dank möchte ich aber auch meiner Mannschaft im Rathaus, im techn. Betrieb, im Schwimmbad, im Mehrgenerationenhaus, in der Bücherei, in den Schulen und mittelbar im CMC ausdrücklich aussprechen. Ohne das engagierte Tun und den erheblichen Einsatz eines jeden Einzelnen wären die guten Nachrichten von heute nicht möglich gewesen! Ich weiß, was ich Euch täglich abverlange, verehrte Mitarbeiter – aber nur so werden wir es gemeinsam schaffen! Danke!

Dank auch den Unternehmen und Bürgern in unserer Stadt für ihr Vertrauen in unser Tun. Ich bin davon überzeugt, den richtigen Weg zu gehen. Erste Erfolge zeigen uns, dass es der richtige Weg ist. Danke!

Ich wünsche abschließend den Fraktionen erfolgreiche und gute Beratungen über diesen Haushaltsvorschlag und bitte diesem am 28. November so zuzustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

13. Erweiterungen zur Tagesordnung

13.1 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Beschluss:

Die Dringlichkeitsentscheidung in Sachen „Genehmigung einer überplanmäßigen Tilgung eines Liquiditätskredit in Höhe von 1.700.000,00 €“ vom 02.10.2013 wird genehmigt (die Dringlichkeitsentscheidung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13.2 33. Bürgerempfang 2014 hier: Bestellung neuer Mitglieder in die Auswahlkommission zur Verleihung der Ehrennadel der Stadt Übach-Palenberg

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 09.10.2013 bereits Herr Paul-Josef Gerschel in die Auswahlkommission berufen worden sei.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** schlug für die CDU-Fraktion als weitere Person Herrn Dr. Josef Storms vor.

Beschluss:

Folgende weitere Person wird in die Auswahlkommission berufen:

Dr. Josef Storms

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

14. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass zum 1.10.2013 eine Änderung der Aufbauorganisation in der Stadtverwaltung vorgenommen worden sei. Die Verwaltung bestehe nun nur noch aus 2 Dezernaten. Die Fachbereiche 5 und 6 sowie der Technische Betrieb seien in das Dezernat 2 eingegliedert worden.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** teilte in Bezug auf den Antrag der SPD-Fraktion betr. Erlass einer Satzung für die ehemalige Kiesgrube Marienberg und den daraus entstandenen Auftrag an die Verwaltung, sie solle prüfen inwieweit die bestehende Satzung der Stadt Übach-Palenberg über die Benutzung der öffentlichen Grün-, Park- und Spielanlagen für die ehemalige Kiesgrube ausreichend sei, mit, dass es neue Erkenntnisse in der Angelegenheit gebe. Die ehemalige Kiesgrube Marienberg gelte nach dem Landesforstgesetz als Wald und sei auch als solcher gemeldet. Zuständig sei somit der Landesbetrieb Wald und Holz. Es gebe seitens der Stadt somit weder die Verpflichtung noch die Möglichkeit eine Satzung für die Kiesgrube zu erlassen.

15. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

Bezüglich des Berichtes wird auf die Sitzungsunterlagen verwiesen.

Kämmerer **Beeck** erläuterte, dass in diesem Bericht die Tilgung des Liquiditätskredites und die Zahlung der Kreisumlage noch nicht berücksichtigt worden sei.

Stadtverordneter **Rißmayer** fragte, ob es schon eine Zahl gebe, inwieweit Übach-

Palenberg vom „Kommunal-Soli“ betroffen sei.

Kämmerer **Beeck** antwortete, der „Kommunal-Soli“ betreffe die Stadt Übach-Palenberg weder positiv noch negativ, da sie eine Stärkungspaktkommune der Stufe 1 sei.

16. Bericht über die gesponserten Aktivitäten in Übach-Palenberg (1. Halbjahr 2013)

Bzgl. des Berichtes wird auf die Sitzungsvorlage verwiesen.

Kämmerer **Beeck** erläuterte, dass der Berichtsstand der 30.06.2013 sei und deswegen ein Finanzspendenüberschuss ausgewiesen werde. Im zweiten Halbjahr 2013 haben noch weitere Veranstaltungen stattgefunden bzw. werden noch stattfinden, so dass die ausgewiesenen 7.004,87 € zur Deckung dieser Veranstaltungen eingesetzt werden.

17. Einwohnerfragestunde

Von Seiten der Einwohner wurden keine Anfragen an die Verwaltung gerichtet.

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 18.09 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 18.15 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin